

# Standort: oe1.ORF.at



## Ö1 Radio

### Info Radio

Info Radio: Nachrichten, Analyse & Hintergrund 24 Stunden non-stop

## Navigation

- [Musik](#)
- [Kultur](#)
- [Wissen](#)
- [Politik](#)
- [Wirtschaft](#)
- [Gesellschaft](#)
- [Religion](#)
  
- [Suche](#)
- [Kontakt](#)
- [Login](#)

Politik

◄ [zurück](#)

Kategorie: [Steuern](#)

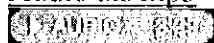
## Gemeinden für Grundsteuererhöhung

Aber möglichst moderat

Bei den Gemeinden gibt es nun erste Stimmen für eine Reform der Grundsteuer. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, selbst Bürgermeister von Hallwang in Salzburg, plädiert im Ö1-Interview für eine Reform der Grundsteuer, warnt aber vor zu großen Härten für Hausbesitzer und Mieter. Die Bauern will er ganz verschonen.

**"Reform wird ohnehin nötig sein"**

Audio als mp3



[als mp3](#)

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer im Morgenjournal-Interview mit

Peter Daser

## Urteil erzwingt Änderung

Eine Anpassung der Grundsteuerbemessung wäre "natürlich" im Interesse der Gemeinden, so Mödlhammer. Dabei müsse man aber aufpassen, weil sich das stark auf Wohnungs- und Mietpreise durchschlägt. Eine Änderung werde ohnehin notwendig werden, und zwar aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes, das in den nächsten Monaten zu erwarten sei.

## Für "kontinuierliche" Lösung

Die Einnahmen aus der Grundsteuer für die Gemeinden beziffert Mödlhammer mit rund 500 Millionen Euro. Eine Erhöhung würde also die Probleme der Gemeinden nicht lösen, deshalb gehe man vorsichtig an das Thema heran. So wäre eine kontinuierliche Lösung entsprechend der Inflation besser als eine Verdoppelung, meint der Gemeindebundpräsident. Wobei: "Eine generelle Lösung, die allen gerecht wird, wird's kaum geben."

## Preisentwicklungen berücksichtigen

Jedenfalls sollten die Erhöhungen etwa für Hausbauer und Mieter "möglichst moderat" sein: "Der Verbraucherpreisindex ist zum Beispiel so ein Faktor", so Mödlhammer. Dabei müsste man auch berücksichtigen, wie sie die Grundstückspreise in einer Region entwickeln, ob sie sinken oder auch stark steigen. Bei all den Überlegungen geht es laut Mödlhammer in erster Linie um Baugrundstücke. Landwirtschaftliche Grundstücke würden dabei kaum eine Rolle spielen.

## Letzte Anpassung 1973

Insgesamt zahlen Österreichs Grundstücksbesitzer jedes Jahr rund 580 Millionen Euro an Grundsteuer. Der Anteil der Landwirtschaft daran beträgt 26 Millionen Euro, das ist die sogenannte Grundsteuer A. Die letzte Anpassung gab es 1973, seither stagniert der Betrag. An sich war für 2010 eine Neubewertung geplant, bisher ist das nicht geschehen. Alle anderen Immobilien, zum Beispiel Wohnhäuser, fallen unter die Grundsteuer B. Hier gab es die letzte Neubewertung in den 1980er Jahren.

## Morgenjournal, 15.07.2010

Audio als mp3



[als mp3](#)

Peter Daser, Constanze Pandi

## Realer Verlust für Gemeinden

Der größte Teil der Grundsteuer geht an die Gemeinden. Berechnet wird diese Steuer nicht anhand des tatsächlichen Werts einer Immobilie, sondern über die sogenannten Einheitswerte - die eben seit Jahrzehnten nicht mehr an die Inflation angepasst wurden. Daher das annähernde Gleichbleiben des Steueraufkommens, das aber einen realen Verlust für die Gemeinden bedeutet.

## Andere Einnahmen sinken

Verschärft wird das Problem dadurch, dass die Haupteinnahmequellen der Gemeinden, das sind die sogenannte Ertragsanteile an den Steuereinnahmen des Bundes und die Kommunalsteuer, durch die Wirtschaftskrise ebenfalls gesunken sind.

## Reform empfohlen

Im internationalen Vergleich gilt die Grundsteuer in Österreich als niedrig, sowohl das Wirtschaftsforschungsinstitut als auch der Internationale Währungsfonds und Steuerfachleute wie Werner Doralt vom Institut für Finanzrecht haben eine Reform - sprich eine Erhöhung - empfohlen.

## Regierung eher gegen Erhöhung

Allerdings sind in der Regierung bisher weder SPÖ noch ÖVP für eine Grundsteuer-Erhöhung eingetreten. Finanzminister und ÖVP Chef Josef Pröll hat am Mittwoch klargestellt, es gebe keinen Grund, an eine Grundsteuererhöhung zu denken. Die SPÖ ist in der Frage eher zurückhaltend, vor längerem hat sich Bundeskanzler und SPÖ-Chef Werner Faymann aber gegen eine Grundsteuer-Erhöhung ausgesprochen.

## Fast jeder betroffen

Dass die nicht populär wäre, liegt am großen Kreis der Betroffenen: Grundsteuer zahlen in Österreich nicht nur Hausbesitzer und Bauern, sondern auch Mieter, denen die Grundsteuer gemäß Mietrechtsgesetz weiterverrechnet werden darf. Eine Gratwanderung zwischen Wählerinteressen und Mehreinnahmen für den Staat, die die Regierung bisher vermieden hat.

## Brisante Gerichtsentscheidung

Allerdings könnte demnächst der Verfassungsgerichtshof die Politik zu einer Entscheidung zwingen: In der Oktober-Session wird der VfGH über die Grundsteuer beraten. Konkret geht es in einem Beschwerde-Fall um die Frage, ob die Berechnung nach dem Einheitswert verfassungswidrig ist. Sollten die Verfassungsrichter hier tatsächlich Bedenken haben, dann würde ein Gesetzesprüfungsverfahren eingeleitet werden.

◀ [zurück](#)

15.07.2010

## Downloads

### Journal-Panorama

Audio als mp3



[als mp3](#)

### Journal-Panorama

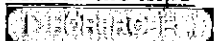
Audio als mp3



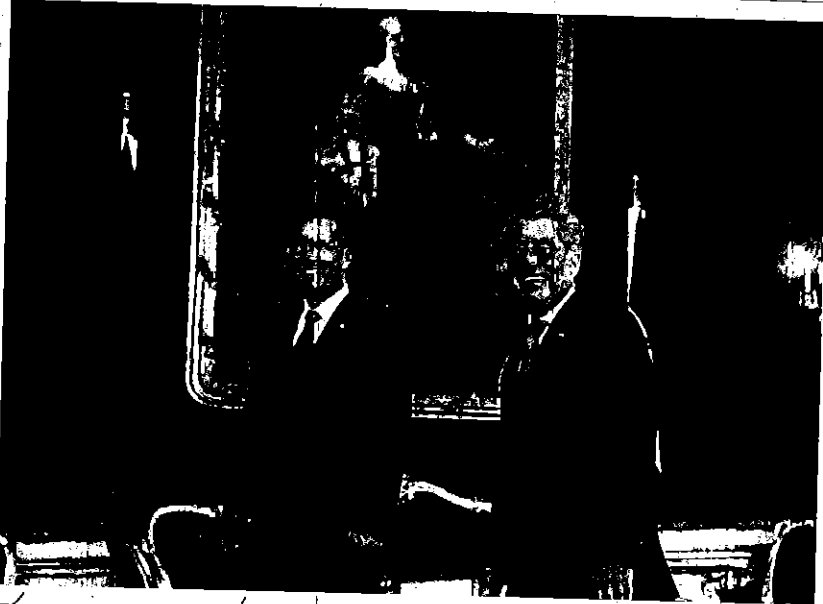
[als mp3](#)

### Journal-Panorama

Audio als mp3



[als mp3](#)



**Wulff stellte sich bei Fischer vor**

Christian Wulff, neuer deutscher Bundespräsident, stattete seinem Amtskollegen Heinz Fischer am Mittwoch seinen Antrittsbesuch ab. Beide lobten das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich. Bei dem Gespräch ging es u. a. um mehr Kooperation der deutschsprachigen Länder in der Ausländerpolitik. Bei einem im Herbst geplanten Treffen der Präsidenten Österreichs, der Schweiz, Liechtensteins und Luxemburgs sollten Erfahrungen mit der Integration von Migranten ausgetauscht werden, wünscht sich der deutsche Präsident.

BILD: SNIAPA

SN  
**ÖVP gegen höhere Grundsteuer**

**Budget.** Die Finanzminister-Partei positioniert sich bei einer Klausur in der Steiermark als Retterin des Mittelstands.

KAPFENBERG, WIEN (SN-par). Einen symbolträchtigeren Ort als die ehemalige Arbeiterhochburg Kapfenberg hätte sich die ÖVP für ihre letzte, zweitägige Arbeitsklausur vor der Sommerpause wohl nicht aussuchen können. Nicht nur, weil die SPÖ dort bei der letzten Gemeinderatswahl satte 21 Prozentpunkte verloren hatte. Sondern auch, weil am 26. September die steirische Landtagswahl ansteht, bei der es für die ÖVP um den Landeshauptmannsessel geht.

Dementsprechend angriffslustig gab sich Parteichef Josef Pröll vor Klausurbeginn. „Wir haben keinen Grund, über die Erhöhung der Grundsteuer nachzudenken“, erteilte er dem Ruf des Internationalen Währungsfonds und des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) eine deutliche Absage.

Beide Einrichtungen haben sich für eine höhere Grundsteuer in Österreich ausgesprochen. Mit einer Mrd. Euro bezifferte

das Wifo die Mehreinnahmen – keine Kleinigkeit, vor dem Hintergrund, dass die Regierung insgesamt 2,7 Mrd. Euro Steuer-mehreinnahmen lukrieren will.

Dennoch blieb Pröll dabei: Die Grundsteuer treffe Menschen, die mit ihrem Geld und harter Arbeit – „Es hat ja niemand etwas gestohlen in dieser Republik.“ – Schrebergärten, Eigentumswohnungen, Betriebe, und Arbeitsplätze geschaffen hätten. Das Geld dafür hätten sie versteuert, bevor sie es investieren konnten, betonte der ÖVP-Chef. Deswegen werde es mit ihm die Besteuerung des breiten Mittelstands nicht geben.

Und Pröll weiter: Einnahmen erhöhen sei fantasielos, Sparen erfordere hingegen „Hirnschmalz“. Als Beispiel nannte er das Pensionsantrittsalter oder das Gesundheitssystem, zwei Themen übrigens, für die SPÖ-Minister verantwortlich sind.

Apropos: Als Erstes sollte es bei der Arbeitsklausur um die schwarze Parteistrategie gegen

die SPÖ gehen. Immerhin steht im Herbst neben der Schlacht um die Steiermark auch die um Wien am 10. Oktober an. Dort könnte die ÖVP zumindest in der Stadtrégierung eine entscheidende Rolle einnehmen, falls die SPÖ-Absolute fällt. Danach stand dann das



„Sparen erfordert Hirnschmalz.“

Josef Pröll, ÖVP-Parteichef

Thema der Stunde auf dem Programm: das Budget. Es gilt, sich „intern auf die Budgetdebatte im Herbst vorzubereiten“, wie Generalsekretär Fritz Kaltenegger auf SN-Anfrage sagte. Das heißt: Wann sollen die ÖVP-Minister die Sparkonzepte für ihre Ressorts fertig haben? Mit einem echten Budgetplan habe das nichts zu tun.

„Jedes Ressort hat bis Herbst für sich festzulegen, wo gespart werden soll“, betonte Kaltenegger.

Schließlich soll es um Inhaltliches ja erst heute, Donnerstag, beim zweiten Klausurtag gehen. Unter dem Motto „Wachstum steigern, Arbeit schaffen“ hat jeder ÖVP-Minister seine Vorschläge vorzulegen, wie er in seinem Ressort Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft wieder ankurbeln will. Das Wichtigste dabei: „Dass der Mittelstand nicht doppelt und dreifach belastet wird“, so Kaltenegger. Genau das – den klaren Angriff auf den Mittelstand bzw. jeden Eigentümer, der ein Haus, ein Auto, Schmuck oder sonst irgendetwas hat.“ – wirft der ÖVP-General der SPÖ vor: Die hätte sich vor Kurzem selbst auf ihrem Parteitag auf die Einführung einer Vermögenssteuer eingeschworen.

Kurzum: Der Wahlkampf um die Steiermark und um Wien hat begonnen. Kein Zufall also, dass ÖVP-Parteichef Josef Pröll Mittwochabend mit seinem steirischen Statthalter, dem LH-Vize Hermann Schützenhöfer, auf Beisltour ging – in der ehemaligen Arbeiterhochburg Kapfenberg.

# 400 Millionen vom Land für die Spitäler

Trotz Einsparungen wird der Landeszuschuss für die Kages weiter steigen.

**GRAZ.** Genügte heuer 356 Millionen Euro vom Land für die steirischen Spitäler noch, so werden 2011 bis zu 430 Millionen gebraucht. „Dieses Ergebnis kommt nicht zustande, weil die Kages schlechter wirtschaftet“, so Finanzvorstand Ernst Fartek. Denn einerseits fällt der Finanzierungsbeitrag durch den früheren Verkauf der Spitalsgrundstücke ab 2011 weg, andererseits sinken infolge der Wirtschaftskrise auch die Einnahmen, das alles geht zulasten des Landesbudgets.

Freundlich, aber wenig erfreut äußerte sich Vorstandsvorsitzender Werner Leodolter zu den Aussagen von Landeshauptmann Franz Voves, wonach die Kages mittel- bis langfristig 100 bis 150 Millionen einsparen könnte: „Diese Summe ist nur realistisch, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt werden.“ Grundsätzlich seien „Einsparungspotenziale gegeben, darüber muss aber mit den Eigentümern diskutiert werden“. Rund 80 Prozent der Personalkosten kommen aus dem patientennahen Bereich, wo nur ein geringes Sparpotenzial auszumachen ist.

Festhalten will man jedenfalls am Großprojekt „LKH 2020“. Im Zuge dieses Projektes sind Baumaßnahmen wie der Um- und Zubau des Chirurgiekomplexes, der Neubau der Zahnklinik oder die Renovierung des Zentralröntgens geplant.

Zusätzlich will man in Schwerpunktspitälern weitere medizinische Fachverbände schaffen - bei Aufrechterhaltung der medizinischen Basisversorgung. Mit rund 16.500 Dienstnehmern hat die Kages 2009 rund 272.000 Patienten stationär und 925.000 Patienten ambulant betreut.

# Höheres Pensionsalter? Alle gegen Nowotny

SN

WIEN (SN). Nein, man fordert in Österreich nicht ungestraft eine Pensionsreform. Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny, der dies am Vortag getan hatte, sah sich am Mittwoch scharfer Kritik von allen Seiten ausgesetzt – auch von Seiten seiner eigenen Partei, der SPÖ.

„Diese Pensionsverunsicherungsdebatte kommt jedes Jahr wieder, und die Argumente sind immer gleich falsch“, wetterte der SPÖ-Pensionistenverband. Für die Bewältigung der Krise sollten jene zur Kasse gebeten werden, die sie verursacht haben, und nicht die Pensionisten. Eine Anhebung des Pensionsalters ist nicht erforderlich, so die SPÖ-Pensionisten.

Nowotny, früher immerhin stellvertretender SPÖ-Klubchef im

Nationalrat, hatte sich am Dienstag dafür ausgesprochen, das gesetzliche Pensionsalter mit einer Vorlaufzeit von sieben bis zehn Jahren um ein bis zwei Jahre anzuheben.

Neben der SPÖ reagierte auch die ÖVP skeptisch auf diesen Vorstoß. Und der Kommentar von BZÖ und Grünen zu dem Nowotny-Vorstoß fiel bemerkenswerterweise nahezu wortident aus: Bevor Nowotny eine „Arbeitszeitverlängerung“ für Pensionisten vorschläge, solle er lieber die Pensionsprivilegien in der Nationalbank bekämpfen, sagte der grüne Sozialsprecher Karl Öllinger. Und BZÖ-Chef Josef Bucher riet dem Nationalbank-Gouverneur, er solle „mit dem großen Besen durch die Nationalbank fegen“.

**INFLATION** Im Juni stieg die Inflation leicht von 1,9 auf zwei Prozent; in der Eurozone ist die Teuerung zurückgegangen

# Sprit und Wohnen machen das Leben teurer



**Teureres Wohnen:** Mieten stiegen im Juni um 4,2 Prozent

Die Teuerung ist in Österreich im Juni etwas höher ausgefallen: Im Jahresabstand stieg die Inflationsrate auf 2,0 Prozent nach 1,9 Prozent im Mai.

Einmal mehr waren die größten Preistreiber im Warenkorb – mit einer Steigerungsrate von jeweils 2,8 Prozent – die Bereiche Wohnen und Verkehr. So sind die Preise für Mineralölprodukte um 14 Prozent im Jahresvergleich teurer geworden. Würden diese herausgerechnet, hätte die Juni-Inflationsrate nur 1,4 Prozent betragen, teilt die Statistik Austria mit. Beim Wohnen sind höhere Miet-

ausgaben (plus 4,2 Prozent), Haushaltsenergie (plus 3,5 Prozent) und Instandhaltung (plus drei Prozent) für die Teuerung hauptverantwortlich.

Verbilligt hat sich indes die Kostengruppe „Erziehung und Unterricht“. Ausschlaggebend dafür war die Einführung des Gratiskindergartenjahres. Das hat die Kosten für Kindergartengebühren im Warenindex um 41,2 Prozent nach unten gedrückt

## Eurozone bei 1,4%

In der Eurozone ist indes die Teuerung von 1,6 Prozent im Mai auf 1,4 Prozent im Juni

gefallen. In der EU-27 ist laut Eurostat die Teuerung ebenfalls zurückgegangen, von 2,0 auf 1,9 Prozent. Eurostat hat für Österreich eine Inflation von 1,8 Prozent ermittelt, der Unterschied zu den nationalen Zahlen erklärt sich aus einer unterschiedlichen Berechnungsmethode.

Einen Preisverfall verzeichneten im Juni lediglich zwei EU-Staaten – Irland mit minus 0,2 Prozent und Lettland mit minus 1,6 Prozent. Die höchsten Inflationsraten gab es in Griechenland (5,2 Prozent), Ungarn (5,0 Prozent) und in Rumänien (4,3 Prozent). (mam)

## TEUERUNGSRATE JUNI 2009 BIS JUNI 2010 (in %)

Wohnung, Wasser, Energie	+2,8
Verkehr	+2,8
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+2,7
Alkoholische Getränke und Tabak	+2,6
Bekleidung und Schuhe	+2,6
Freizeit und Kultur	+1,7
Gesundheitspflege	+1,4
Nachrichtenübermittlung	+1,4
Hausrat u. lfd. Instandhaltung des Hauses	+1,3
Restaurants und Hotels	+1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+0,6
<b>-5,3</b>	<b>Erziehung und Unterricht</b>

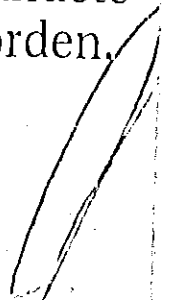
Quelle: Statistik Austria

Wirtschaftsblatt Grafik/Comond

## **Ortstafeln: Kanzler ist gegen Zeitdruck**

Er wolle die Kontakte mit allen Beteiligten in Kärnten intensivieren und bemerke „viel Konstruktivität“ – das sagt Kanzler Werner Faymann (SPÖ) zur Frage zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten. Zeitdruck wolle er nicht machen. Wenn man eine Lösung mit Termin habe, könnte es einen Runden Tisch und „viel Öffentlichkeit“ geben. Bis dahin setze er auf vertrauliche Gespräche; man fange ja nicht bei der „Stunde null“ an. Basis sind die Vorschläge der Ex-Kanzler Schüssel und Gusenbauer mit 141 bzw. 163 zweisprachigen Ortstafeln. Am Dienstag sind ja drei vom Höchstgericht als verfassungswidrig beanstandete Tafeln ausgetauscht worden.

X



## Arbeitsplatzabbau bei Telecom Italia

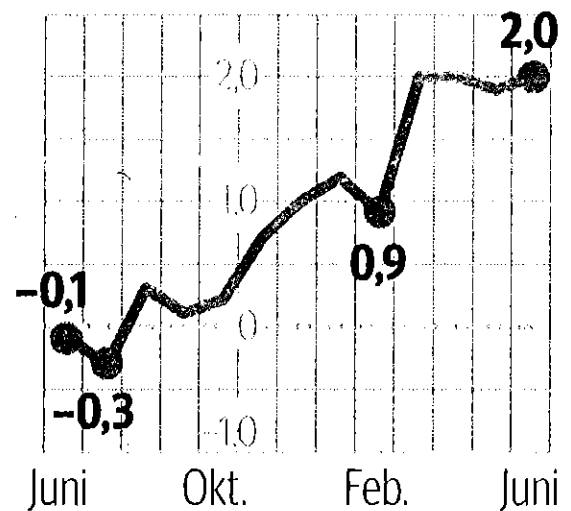
Die Telecom Italia will bis 2012 rund 6800 Jobs streichen. Am Mittwoch hat das Management Verhandlungen mit der Regierung Berlusconi und den Gewerkschaften aufgenommen.

## Inflationsrate stieg im Juni auf zwei Prozent

Im Juni ist die Teuerungsrate im Jahresabstand leicht auf zwei Prozent angestiegen (Mai 1,9 Prozent). Wie auch in den Vormonaten heizten vor allem Mineralölprodukte (+14 Prozent) die Inflation an. Ohne diese wäre der Juni-Wert laut den Berechnungen der Statistik Austria bei 1,4 Prozent gelegen. Treib-

## Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahr in %  
Juni 2009–Juni 2010



teurer/billiger zum Juni '09 in % –  
Auswahl

Mobiltel. Grundgeb.	+55,1	▲
Heizöl	+23,3	▲
Diesel	+13,9	▲
Flugticket	-11,9	▼
Mobiltel. Gesprächsg.	-38,3	▼
Kindergartengebühr	-41,2	▼

KURIER Grafik: Eber / Quelle: APA/STAT

## Wer haftet bei Unfällen im Gemeindebad?



Wer regeln nicht einhält, kann den Betreiber nicht haftbar machen.

Rutschen, Sprungbretter, Kletterwände...das Angebot in den Freibädern wird immer aufwändiger und spektakulärer. Viele Gemeinden betreiben selbst Bäder und Freizeitanlagen. Doch wer haftet bei Unfällen? Spitzenjurist Dr. Martin Huber klärt auf.

Die Rekordhitze im heurigen Juli sorgt für einen Besucheransturm in den kommunalen Freibädern, Strandbädern und Badeteichen. Dort wo unsere Badegäste Abkühlung suchen, kann es manchmal „heiß“ hergehen – vor allem, wenn das Badevergnügen mit einem gewissen Nervenkitzel verbunden werden soll: riesige

Luftkissen, Kletterwände, Rutschen und Bahnen in allen Schwierigkeitsgraden, Längen und Formen – das Angebot wird immer aufwendiger und spektakulärer.

### Allgegenwärtige Aufsicht ist nicht möglich

Ob bei Unfällen, die in Zusammenhang mit der Nutzung derartigen Anlagen stehen, die Gemeinde als Badeanlagenbetreiber zur Haftung herangezogen werden kann, hängt – wie so oft – von den konkreten Umständen im Einzelfall ab. Das die Gemeinde nicht für „alles und jedes“ haftbar gemacht werden kann, unterstreicht eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (OGH) aus dem Jahr 2005 (OGH vom 23.5.2005, GZ 10Ob44/05a).

Nicht überall ist eine „allgegenwärtige Aufsicht“ geboten bzw. möglich

Der konkrete Fall trug sich in einer Kärntner Gemeinde zu. Der damals zehn Jahre alte Kläger schwamm, nachdem er seinem Bruder beim Aufstieg geholfen hatte, ein kleines Stück vom sog. „Eisberg“ – einem künstlichen Kletterturm, der zu den Anlagen des Strandbades gehört – weg und wurde von einem unbekanntem herabspringenden Badegast so unglücklich getroffen, dass er erhebliche Verletzungen erlitten hat.

Dem Vorwurf, dass die Gemeinde die geschaffene „Gefahrenquelle Eisberg“ nicht gehörig – insbesondere durch den Einsatz einer entsprechenden Aufsichtsperson – gesichert hat, folgte das Höchstgericht nicht und bestätigte die Abweisung des Klagebegehrens. Im wesentlichen folgte der Gerichtshof den Argumenten der Vorinstanz, wonach es eine Überspannung der Verkehrssicherungspflichten bedeuten würde, wenn sich der Badewart ständig beim Klettergerüst aufhalten müsse.

### Badegäste tragen auch Egenverantwortung

Der Umfang und die Intensität der Verkehrssicherungspflichten richten sich vor allem danach, in welchem Maß die Badegäste selbst vorhandene Gefahren erkennen und ihnen begegnen können. Der konkrete Inhalt einer Verkehrssicherungspflicht kann, so die Höchststrichter, immer nur von Fall zu Fall bestimmt werden; entscheidend ist vor allem, welche Maßnahmen zur Vermeidung einer Gefahr „möglich und zumutbar“ sind. Hinzu kommt, dass der konkrete Unfall auf ein „völlig unvernünftiges und leichtsinniges“ Verhalten eines anderen Badegastes zurückzuführen war, für das der Badeanlagenbetreiber nicht zur Verantwortung gezogen werden kann.



Der Autor dieses Beitrags, Dr. Martin Huber, ist Jurist und Direktor des Salzburger Gemeindeverbandes. Darüber hinaus ist Huber Mitglied des Rechtsausschusses des Österreichischen Gemeindebundes und einer der Geschäftsführer von kommunalnet.at.

Die Gemeinde ist zwar verpflichtet, die ihren Gästen zur Verfügung gestellten Anlagen in einen solchen Zustand zu versetzen und zu erhalten, dass die Gäste bei ordnungsgemäßer Benutzung keinen Schaden erleiden; die Auffassung der klagenden Partei, wonach beim „Esberg“ sich ständig eine, den Aufstieg und Absprung der Kinder koordinierende Aufsichtsperson hätte aufhalten müssen, würde einer Überspannung der Verkehrssicherungspflichten nachkommen.

Veröffentlicht: 14. Juli 2010

Autor: Dr. Martin Huber

Quelle: Redaktion

Rubriken: [Bundesländer Nachrichten Recht und Steuern Wissen](#)

## Lassen Sie Ihr Personal für den Kanalbetrieb ausbilden



Wie geht man mit neuen Herausforderungen um?

Von 20. bis 24. September 2010 findet in Wien der "27. Grundkurs für das Betriebspersonal von Kanalisationsanlagen" statt. Kursteilnehmer sollen lernen, wie man den Betrieb ordnungsgemäß aufrecht erhält. Zudem soll der Umgang mit den zunehmenden Kosten und dem steigenden Umweltbewusstsein erörtert werden. Melden auch Sie sich noch bis 30. August 2010 an.

Kanäle sowie Anlagen zur Regenwasserbehandlung stellen nicht unbeträchtliche Vermögenswerte dar. Ein ordnungsgemäßer Betrieb dieser Anlagen durch ein fachkundiges Betriebspersonal ist sowohl aus rechtlichen wie auch aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen unabdingbar. Damit rückt die Frage nach der Qualifikation und der Ausbildung dieses Personals in den Vordergrund. Diesem Thema will man sich im Zuge des "27. Grundkurses für das Betriebspersonal von Kanalisationsanlagen", veranstaltet vom "Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband" (ÖWAV), widmen.

Termin	<p><b>"27. Grundkurs für das Betriebspersonal von Kanalisationsanlagen"</b></p> <p>von 20. bis 24. September 2010</p> <p>Wien Kanal, Außenstelle Süd</p> <p>Großmarktstraße 5</p> <p>1230 Wien</p>
Zielgruppe	Betriebspersonal von Kanalisationsanlagen
Kosten	Der Kursbeitrag beträgt für ÖWAV- Mitglieder <b>560 Euro</b> (Preis ohne USt.), für Nicht- Mitglieder <b>710 Euro</b> .
Anmeldung	Das ausgefüllte Anmeldeformular wäre bis spätestens 30. August 2010 an die Gesellschaft für Wasser- und Abfallwirtschaft GmbH, Marc- Aurel- Straße 5, 1010 Wien, zurückzusenden. Zum Anmeldeformular kommen Sie <a href="#">hier</a> .
Informationen	Weitere Informationen können Sie beim untenstehenden Link downloaden.



"27. Grundkurs für das  
Betriebspersonal von  
Kanalisationsanlagen" (235 KB)

Veröffentlicht: 14. Juli 2010

Autor: Isabel Bairamijamal

Quelle: Redaktion

Rubriken: [Innovation](#) [Bundesländer](#) [Infrastruktur](#) [Nachrichten](#) [Umwelt](#) [Wissen](#)

weitere Information(en) zu diesem Thema:

Titel	Typ	Datum
<a href="#">Hochwasser: Wie im Ernstfall richtig reagieren?</a>	Artikel	11.06.2010
<a href="#">ÖWAV bildet Betriebspersonal für Müllplätze aus</a>	Artikel	26.05.2010
<a href="#">"Gemeinden leisten wichtigen Beitrag für den Schutz des Wassers"</a>	Artikel	05.03.2009
<a href="#">"Energieeffizienz soll Kernstück europäischer Politik sein"</a>	Artikel	15.10.2007

## Wer baut besser mit Holz?



Holz leistet einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz und zu besserer Lebensqualität.

Bauen mit Holz ist für uns auch in Hinblick auf den sorgsamem Umgang mit unserem Lebensraum ein wichtiges Thema. Daher sucht das Land Niederösterreich bereits zum elften Mal kreative und einfallsreiche Objekte mit dem Naturbau- und Werkstoff Holz. Bis Ende Juli sind noch Einreichungen möglich!

Der vom Land Niederösterreich und der Arbeitsgemeinschaft "pro Holz" ausgelobte Holzpreis wird in den Kategorien Wohnbau, öffentlicher Bau, Nutzbau, Entwurf sowie Publikumspreis vergeben. Der Preis hat das Ziel, die Förderung und die Anerkennung besonderer Leistungen des Holzbaus als Beitrag zur niederösterreichischen Baukultur zu fördern und anzuerkennen.

### Anreize für neue Holzarchitektur

Der Preis soll Anreize für neue Holzarchitektur geben und den verstärkten Einsatz des Rohstoffes Holz forcieren. Der NÖ Holzpreis richtet sich an öffentliche und private Bauträger, Wohnbaugenossenschaften, Baufrauen und -herren, ArchitektInnen, PlanerInnen, Studierende und Holzbaufirmen. Die Einreichfrist endet am 30. Juli 2010.



[Holzpreis 2010: Alle Details zur Einreichung](#)

Veröffentlicht: 14. Juli 2010

Autor: Marlies Nadlinger

Quelle: Redaktion

Rubriken: [Niederösterreich Wettbewerb Nachrichten Umwelt](#)

weitere Information(en) zu diesem Thema:

Titel	Typ	Datum
<a href="#">Die besten Projekte 2000 bis 2009 im Überblick</a>	Link	
<a href="#">Niederösterreichischer Holzbaupreis 2010 Teilnahmebedingungen (PDF; 140 KB)</a>	Datei (Niederösterreichischer Holzbaupreis 2010 Teilnahmebedingungen.pdf)	14.07.2010
<a href="#">Millionen- Schatz in Tiroler Gemeinde vergraben?</a>	Artikel	29.06.2010
<a href="#">Weißenbach ist erste Schutzwaldpartnergemeinde in der Steiermark</a>	Artikel	25.06.2010
<a href="#">500. NÖ Biomasseheizwerk in Hofstetten-Grünau eröffnet</a>	Artikel	08.03.2010

## Land Tirol fördert gemeinsame Gemeindeprojekte



Nach dem Motto "Gemeinsam geht es besser" werden interkommunale Projekte in Tirol gefördert.

Tiroler Gemeinden, die bei Projekten künftig zusammenarbeiten, werden vom Land finanziell unterstützt. Den Kommunen stehen Finanzaufweisungen von insgesamt 8,3 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Tiroler Landesregierung beschloss in ihrer Sitzung am Montag, 12. Juli 2010, dass jene Gemeinden, die sich auf interkommunale Zusammenarbeit stützen, eine Zuwendung in der Höhe von insgesamt 8,3 Millionen Euro erhalten sollen. Bislang investierte nahezu jede Gemeinde Tirols unabhängig von den Nachbarn in die eigene Infrastruktur wie Hallenbad, Bauhof oder Sportplatz.

### Über Gemeindegrenzen hinaus

Dadurch kam es bereits oft auf engstem Raum zu Doppelgleisigkeiten. Nun fördert das Land bewusst die Zusammenarbeit von Orten über die Gemeindegrenzen hinaus sofern es um sinnvolle Gemeinschaftsprojekte geht. Die ersten Begünstigten dieser Finanzspritze sind die Gemeinden Kundl und Breitenbach, die 135.000 für das 900.000 Euro teure gemeinsame Wertstoffsammelzentrum bekommen.

Die Gemeinden Schwendau, Hippach und Ramsau errichten gemeinsam ein Sportzentrum und erhalten 43.000 Euro. Unterstützt wird auch die Errichtung eines gemeinsamen Salzsilos der gemeinden Mils bei Imst und Schönwies.

Veröffentlicht: 14. Juli 2010

Autor: Redaktion

Quelle: orf.at, Tiroler Tageszeitung

Rubriken: [IKZ Tirol Finanzen Nachrichten](#)

weitere Information(en) zu diesem Thema:

Titel	Typ	Datum
<a href="#">Montafoner Gemeinden teilen sich die Bauverwaltung</a>	Artikel	27.05.2010
<a href="#">NÖ Entwicklungsfonds fördert innovative Projekte von Kleinregionen</a>	Artikel	23.03.2010
<a href="#">Neues Handbuch zum Versicherungsschutz bei IKZ</a>	Artikel	23.02.2010
<a href="#">Gemeinde- Fusion: Was sagen Bürgermeister/innen dazu?</a>	Artikel	12.02.2010
<a href="#">Tiroler Gemeindeverband macht Vorschläge zur interkommunalen Zusammenarbeit</a>	Artikel	04.08.2009
<a href="#">Gemeindeübergreifendes Heizkraftwerk im Montafon</a>	Artikel	17.07.2008